

V-01 Demokratie stärken heißt Bildung stärken

Gremium: Landesparteirat (LPR)
Beschlussdatum: 15.10.2023
Tagesordnungspunkt: 4. Verschiedenes

Antragstext

1 Deutschland muss sich mehr anstrengen, um allen seinen Kindern und Jugendlichen
2 in einer sich rasch verändernden Welt umfängliche Bildungschancen zu
3 gewährleisten. Der bundesweite Bildungsprotesttag am 23.9.23 hat zu Recht eine
4 große Resonanz erfahren. Er hat den Bemühungen darum, eine Bildungswende zu
5 schaffen, Rückenwind gegeben.

6 Es kommt jetzt darauf an, gemeinsam zu handeln. Alle staatlichen Ebenen sind
7 gefordert, abgestimmt und nachhaltig in Bildung zu investieren. Ausbleibende
8 Investitionen heute gefährden die Zukunft unseres Landes. und sie beschädigen
9 das Recht auf Bildung, das allen Menschen zusteht. Wir stellen fest:

10 • Investitionen in Bildung sind die Voraussetzung für Bildungsgerechtigkeit. Sie
11 arbeiten gegen die soziale Spaltung der Gesellschaft.

12 • Gute Bildung ist das Fundament einer starken Demokratie. Unser Land braucht
13 Menschen, die mit Herz und Verstand an die Zukunftsaufgaben für unsere
14 Gesellschaft gehen und das demokratische Gemeinwesen gestalten.

15 • Wir wollen kein Talent verlieren. Unsere Kinder sind die Fachkräfte von
16 morgen, die die Zukunft dieses Landes gestalten.

17 • Ein funktionierendes Bildungssystem ist auf handlungsfähige Kommunen
18 angewiesen.

19 **Wir wollen deshalb ein Zukunftspaket Bildung schnüren.**

20 Bund, Länder und Kommunen müssen an einen Tisch, um drängende Fragen zu
21 bearbeiten. Dass der Bildungsgipfel der Bundesbildungsministerin nicht genutzt
22 wurde, um die Bildungskrise zwischen den Ebenen zu thematisieren, ist eine
23 vertane Chance. Es muss jetzt darum gehen, dieses Versäumnis umgehend
24 nachzuholen, und in einem gemeinsamen Prozess zwischen alle staatlichen Ebenen

25 und im Schulterschluss mit der Zivilgesellschaft die Weichen dafür zu stellen,
26 dass Deutschland in der Bildungspolitik besser wird.

27 Dabei muss es trotz enger werdender Spielräume in den Länderhaushalten, um die
28 Wiederherstellung kommunaler Handlungsfähigkeit und um konkrete Investitionen im
29 Bildungsbereich gehen. Das Land ist gefordert, mit den Kommunen gemeinsam eine
30 zukunftsfähige Schulträgerfinanzierung zu entwickeln, die die Aufgaben zwischen
31 Land und Kommunen nach vorne gerichtet gestaltet und ihre Finanzierung
32 absichert. Dies betrifft den Schulbau genauso wie die digitale Ausstattung der
33 Schulen. Mit den Rezepten und Mitteln des vergangenen Jahrhunderts lassen sich
34 die Anforderungen des 21. Jahrhunderts nicht mehr bewältigen.

35 Multiprofessionelle Kräfte am Lebensort Schule sind notwendig, um den Kindern
36 aus benachteiligten Quartieren Chancen zu eröffnen. Die im Quartier vorhandenen
37 Kräften müssen die Schulen in ihrem Bildungs- und Erziehungsauftrag
38 unterstützen. Wir brauchen darum eine verlässliche Steuerung von Mitteln nach
39 Bedarf, ein Ganztagsangebot, das Kindern ganzheitliche Entwicklungsmöglichkeiten
40 bietet und mit den Schulen verzahnt ist.

41 Für uns ist klar: Der Rechtsanspruch auf Ganzttag muss im Schulgesetz NRW
42 verankert sein. Er muss die Möglichkeit bieten, dort, wo es die Bedarfe der
43 Sozialräume in den Kommunen oder die Wünsche der Eltern erfordern, gebundenen
44 Ganzttag rhythmisiert zu gestalten.

45 Und wir brauchen eine bessere Gestaltung des Übergangs zwischen
46 Kindertageseinrichtung und Grundschule. Eine Vereinbarung über verbindliche
47 Bildungsgrundsätze für Kinder zwischen 0 und 10 Jahren in NRW, die für einen
48 guten Übergang zwischen früher Bildung und Grundschule sorgt, ist überfällig.

49 Wir wollen handlungsfähige Kommunen, um die Arbeit in Kindertagesstätten, im
50 Offenen Ganzttag, im Ausbau der Unterstützungs- und Assistenzsysteme für
51 inklusive Bildung qualitativ zu stärken und weiter auszubauen. Angesichts der
52 fortdauernden multiplen Krisen und ihrer massiven finanziellen Folgen für die
53 kommunalen Haushalte führt eine unvorbereitete unmittelbare Integration der
54 Krisenkosten in die regulären Haushalte zur Handlungsunfähigkeit vieler Städte
55 und Gemeinden, die zu einem Stopp vieler Bildungsinvestitionen führen würde. Der
56 Sanierungsstau im Bereich der Schulen darf sich jedoch nicht weiter verschärfen,
57 sondern muss aufgeholt werden, und Bildungsorte müssen zukunftsfähig gestaltet
58 werden.

59 Wir wollen die Handlungsfähigkeit der Länder stärken, damit Aus und Fortbildung
60 in Erziehung, Bildung und Betreuung forciert wird und die personelle Ausstattung
61 verbessert wird. Wir wollen, dass die Gelder, die im Landeshaushalt für
62 Lehrkräftestellen vorgesehen sind und nicht besetzt werden können, den Schulen
63 über Kapitalisierung und Finanzierung von Unterstützungsstrukturen wie

64 students@school, Mentoringprogrammen und dem Ausbau multiprofessioneller Teams
65 verlässlich zur Verfügung gestellt werden.

66 Wir wollen, dass Bund und Land verlässlich in die Gemeinschaftsaufgabe Bildung im
67 Rahmen dieses Zukunftspakets Bildung investieren.

68 Das Start-Chancen-Programm ist nur ein erster Beitrag. Es zeigt, dass
69 Bildungspolitik auch im Föderalismus gemeinsame Anstrengungen von Bund und
70 Ländern gelingen können. Es braucht aber eine verlässliche Basis in einem
71 gesicherten mehrjährigen Investitionsprogramm, damit u.a. der Rechtsanspruch auf
72 den Ganzttag, die Digitalisierung und der Abbau von Bildungsungerechtigkeit
73 realisiert werden und Energien nicht in zähen Aushandlungsprozessen aufgezehrt
74 werden.

75 **Wir sind überzeugt: Ein Zukunftspaket Bildung stärkt das Zutrauen in die**
76 **Demokratie und die Entwicklung eines inklusiven und leistungsfähigen**
77 **Bildungssystems.**